

# Bekanntnisse zur CO<sub>2</sub>-Abgabe

**Ein Zitatenschatz  
zum Aufbewahren**

## **Zweck der Zitatensammlung**

Während des Abstimmungskampfes um die Energievorlagen vom 24. September 2000 wurden von der Gegnerschaft der Energieabgaben zahlreiche Bekanntnisse für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe und für das CO<sub>2</sub>-Reduktionsgesetz geäußert.

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe wurde gewissermassen als Gegenprojekt gegen die drei Energievorlagen (Solarinitiative, Förderabgabe, Umweltafbgabe) präsentiert.

In dieser Dokumentation sind Zitate aus der Gegnerschaft zusammengestellt. Sie bieten dem Langzeitgedächtnis eine Stütze.

## Zusammengestellt

Von der Koordinationsstelle des Fördervereins für die Solar- und die Energie-Umwelt-Initiative (Feusol), Rudolf Strahm und Ruth Straubhaar, unter Benützung einer Dokumentation der Dokumentationszentrale der Parlamentsdienste.

## Kontaktadresse:

Die Solar-Initiative, Postfach 92, 3000 Bern 15, Tel 031 368 18 85

Bern, im Oktober 2000 RHS/rs

## **Argumentarium «Komitee gegen neue und ungerechte Steuern»**

*Die Protokolle von Rio und Kyoto weisen den richtigen Weg. Sie setzen klare Umweltziele. Die Schweiz will diese Ziele mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz umsetzen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz besteuert nicht einfach willkürlich die nicht erneuerbaren Ressourcen wie die geplanten Energiesteuern, sondern setzt klare Umweltziele. Diese Umweltziele richten sich nach der effektiven Verschmutzung und Belastung der Umwelt. Nur das CO<sub>2</sub>-Gesetz internalisiert externe Kosten“.*

*„Beispielsweise belastet Erdgas die Umwelt wesentlich weniger stark als Erdöl. Die Energiesteuern machen hier keinen Unterschied, sie verteuern beide um rund 40 bis 50 Prozent. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz berücksichtigt die Schädlichkeit des Energieträgers – die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist die einzige verursachergerechte Lenkungsabgabe, die der Umwelt nützt“.*

„Komitee gegen neue und ungerechte Steuern“  
Stand 11. Mai 2000 (Wirtschaftsförderung)

## **Politisches Komitee gegen neue und ungerechte Steuern**

*„Wir müssen unsere Umwelt schützen. Doch nicht mit neuen Steuern. Wir haben seit dem 1. Mai 2000 das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches gezielt zum Schutz unseres Klimas beitragen wird“.*

gerechte Steuern

Fazit / Kurzargumentarium  
Politisches Komitee gegen neue und un-

(organisiert durch „Wirtschaftsförderung“)  
[www.energiesteuern-nein.ch](http://www.energiesteuern-nein.ch)

## **Politisches Komitee gegen neue und ungerechte Steuern**

*„Umweltschutz, dafür haben wir das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Der Schutz der Umwelt und unseres Klimas sind auch der Wirtschaft ein Anliegen. Deshalb setzt sich die Wirtschaft für die Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ein. Es bestraft diejenigen, welche die Umwelt belasten und entlastet diejenigen, welche zur Umwelt Sorge tragen. Dies ist der richtige Weg“.*

gerechte Steuern

Zehn Argumente gegen neue Steuern auf  
Energie  
Politisches Komitee gegen neue und un-

(organisiert durch „Wirtschaftsförderung“)  
[www.energiesteuern-nein.ch](http://www.energiesteuern-nein.ch)

## **Facts der Wirtschaft wf**

*„Auf den 1. Mai 2000 wurde das CO<sub>2</sub>-Gesetz in Kraft gesetzt. Es markiert einen wichtigen Schritt in der Umwelt- und Energiepolitik der Schweiz“.*

*„Neue Einnahmen und Subventionen unter dem Deckmantel des Umweltschutzes helfen dem Klima aber nicht. Wichtig ist der Schutz der Umwelt, verbunden mit einer sinnvollen Energiepolitik. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz stellt die einzig echte Alternative dar. Es setzt klare Ziele für die Umwelt und beinhaltet eine Lenkungsabgabe, die ihren Namen verdient“.*

[www.wf-online.ch](http://www.wf-online.ch) – wf. Nr. 22, Juni 2000

### **Komitee gegen neue und ungerechte Steuern**

*„Mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz, das seit Anfang Mai in Kraft ist, ist der Umwelt besser gedient, weil es im Gegensatz zu den drei Steuervorlagen ein klares Umweltziel hat. Im übrigen darf sich die Schweiz mit ihren bisherigen Anstrengungen zum Schutz von Umwelt und Klima sehen lassen. Die Massnahmen zur Luftreinhaltung beispielsweise zeigen Wirkung“.*

Medienmitteilung, Komitee 3xNein zu neuen Steuern auf Energie, Pressedokumentation 23.6.2000

[www.energiesteuern-nein.ch](http://www.energiesteuern-nein.ch)

### **Nationalrat Gerold Bühler, Schaffhausen**

*„Wenn wir uns gegen die Energieabgaben wenden, dann deshalb, weil wir die vorgeschlagenen Instrumente für verfehlt halten. Aus diesem Grund haben wir dem CO<sub>2</sub>-Gesetz zugestimmt, weil es primär mit Anreizen arbeitet und bei der Emission von Schadstoffen ansetzt“.*

*„Unsere Alternative für einen Brückenbau zwischen Ökonomie und Ökologie sind die Vorgaben für den technischen Fortschritt und das mit Anreizen versehene CO<sub>2</sub>-Gesetz. Die verlangten neuen Abgaben wecken dagegen höchstens Illusionen und fügen unserer Volkswirtschaft Schaden zu“.*

Referat, Pressekonferenz Komitee 3xNein zu neuen Steuern auf Energie, 23.6.2000

### **Nationalrätin Barbara Polla, Genf**

*„Statt Vorschriften und Verbote aufzuerlegen, appelliert das CO<sub>2</sub>-Gesetz an die Eigenverantwortung der Konsumenten, ob Einzelpersonen oder Unternehmen.“*

*„Zudem stellt die CO<sub>2</sub>-Abgabe einen echten Anreiz dar. So ist festzustellen, dass sich immer mehr Unternehmen für eine Zertifizierung nach ISO 14001 entschliessen, obwohl dieser Entscheid für sie kostspielig und folgens schwer ist“.*

Referat, Pressekonferenz Komitee 3xNein zu neuen Steuern auf Energie, 23.6.2000

### **Andres F. Leuenberger, Präsident des Vororts**

*„Das CO<sub>2</sub>-Gesetz erfülle diese Bedingung ungleich besser. Zweitens, sagt Leuenberger, belegten zahlreiche Studien, dass tiefere Lohnnebenkosten (in diesem Fall) wenig Einfluss auf die Beschäftigung haben.“*

An Pressekonferenz vom 15. August 2000  
Zitiert nach Tages-Anzeiger vom 16. 8.2000

*„Dass für die Wirtschaft eine saubere Umwelt und der verantwortungsbewusste Umgang mit endlichen Ressourcen hohe Priorität genossen, habe sie mit ihrem Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz bewiesen.“*

An Pressekonferenz vom 15. August 2000  
Zitat in: Neue Zürcher Zeitung 16. 8.2000

*„Die Ablehnung der drei Vorlagen würde es hingegen ermöglichen, die bisherigen beachtlichen Leistungen in energiepolitischer Hinsicht fortzuführen und den mit dem soeben in Kraft gesetzten CO<sub>2</sub>-Gesetz vorgezeichneten Weg zu einer echten Verbesserung der Umwelt beschreiten.“*

*Wir unterstützen die Einführung echter Lenkungsabgaben, die ein klares Reduktionsziel für Schadstoffe festlegen, subsidiär ausgestaltet und aussenhandelsverträglich sind. Wir sind fest überzeugt, dass ein echter Beitrag zur Klimaverbesserung nur durch international konzentrierte Massnahmen erzielt werden kann. Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und das CO<sub>2</sub>-Gesetz als dessen nationale Umsetzung sind entsprechende Instrumente“.*

Artikel in: Neue Zürcher Zeitung vom  
15.8.2000

### **Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Frutigen**

*„3xNein zu einer verfehlten Energiepolitik. Die Schweiz nimmt in der Energie- und Umweltpolitik in vielen Belangen eine Vorreiterrolle ein. Gerade mit dem am 1. Mai 2000 in Kraft getretenen CO<sub>2</sub>-Gesetz hat sie dem klimaschädigenden CO<sub>2</sub> den Kampf angesagt.“*

Referat an der Delegiertenversammlung der  
SVP Kanton Bern, vom 22.8.2000 in Spiez

### **Nationalrat Johann N. Schneider-Amman, Präsident SwissMEM**

*„Swissmem unterstützt Massnahmen zur konkreten Verbesserung der Umweltsituation, wie sie beispielsweise im CO<sub>2</sub>-Gesetz festgeschrieben sind. Es ist ein klares Umweltziel definiert und es droht dann eine Abgabe, wenn das Ziel nicht erreicht werden kann. Diese subsidiäre und staatsquotenneutrale Lenkungsabgabe entspricht den Grundsätzen der Swissmem-Umwelt- und Energiepolitik. Zudem wird dort der Hebel angesetzt, wo die Hauptprobleme liegen: Beim Verkehr und bei den privaten Haushalten, die je rund ein Drittel der – vor allem fossilen – Energie konsumieren.“*

*„Brauchen wir neben der CO<sub>2</sub>-Abgabe noch einer weitere Lenkungsabgabe? Eine grosse «Umverteilungsübung», welche die Energie künstlich verteuert, aber kein konkretes Umweltziel verfolgt? Nein!“*

Pressekonferenz SwissMEM vom 23.8.2000

### **Nationalrat Gerold Bührer, Schaffhausen**

*„Ich bin überzeugt, dass der marktwirtschaftliche Ansatz des CO<sub>2</sub>-Gesetzes besser ist als staatliche Subventionsbürokrati“*

*„Ich habe mich der Stimme enthalten, weil man in einem zentralen Punkt, bei der angestrebten CO<sub>2</sub>-Reduktion, weiter gegangen ist als das Klimaschutz-Abkommen von Kyoto oder beispielsweise auch die EU“*

*„Wenn wir im 2003 sehen, dass das Ziel mit freiwilligen Bemühungen nicht erreicht wird, dann werden zusätzliche Massnahmen ergriffen werden müssen – primär im technologischen Bereich, subsidiär mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe. Ich werde dann Ja sagen, wobei natürlich nicht gleich der Maximalsatz festgelegt werden darf“*

Tages-Anzeiger, 6. September 2000

### **Nationalrat Gerold Bührer, Schaffhausen**

*„Das CO<sub>2</sub>-Gesetz reiche als Grundlage der Klimapolitik aus, erst recht angesichts der grossen ökologischen Errungenschaften in der Schweiz. Es bestünden weit übertriebene Erwartungen zur Senkung der Lohnnebenkosten.“*

FDP-Delegiertenversammlung  
Berichterstattung in: NZZ, 21.8.2000

*„Das Ziel ist für uns alle drei das gleiche; wir wollen einen Beitrag zur Klimaverbesserung leisten. Nur gibt es einen wesentlich zielgerichteteren und marktwirtschaftlich sauberen Weg dazu: das vom Parlament bereits verabschiedete CO<sub>2</sub>-Gesetz“*

*„Wenn wir etwas für das Klima tun wollen, müssen wir nicht bei der Steuerung der Ressourcen, sondern bei den Emissionen ansetzen. Und dazu haben wir das CO<sub>2</sub>-Gesetz.“*

Weltwoche, 7. September 2000

*„Aus diesem Grund habe ich dem CO<sub>2</sub>-Gesetz zugestimmt, weil es primär mit Anreizen arbeitet und bei den Emission von Schadstoffen ansetzt“*

Zürichsee-Zeitung, September 2000

### **Nationalrätin Käthi Bangerter, Aarberg**

*„Beim CO<sub>2</sub>-Gesetz wird die Abgabe pro Kopf zurückerstattet. Das ist gerechter. Auch ist beim CO<sub>2</sub>-Gesetz das Ziel klar: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss muss bis 2010 um 10 Prozent gesenkt werden“.*

*„Führen wir aber jetzt die Umweltabgabe ein und schaffen die zehnprozentige Reduktion dennoch nicht, muss ja die CO<sub>2</sub>-Abgabe zusätzlich zur Lenkungsabgabe eingeführt werden“.*

Der Bund, 8. September 2000

### **Nationalrat Erich Müller, Winterthur**

*„Wir haben ein CO<sub>2</sub>-Gesetz, das den Zielen näher kommt und effizienter ist. Die Schadstoffbelastung steht für mich im Zentrum“.*

Die Südostschweiz, 15. September 2000

### **Energieforum Schweiz / Energie-Nachrichten**

Mit seiner Parole 3xNein plädiert das Energieforum für die Rückkehr zu einem Verfassungsrahmen für die Energiepolitik, die auf einem hart erstrittenen schlanken Energiegesetz und dem bereits in Kraft gesetzten CO<sub>2</sub>-Gesetz beruht. Dieses folgt dem Prinzip freiwilliger Massnahmen und sieht – bei Nichtgenügen – einen klaren Abgabemechanismus auf CO<sub>2</sub>-Emissionen vor.

Wenn alle drei Vorlagen abgelehnt werden, hat die Schweiz dennoch ein griffiges Instrument: das CO<sub>2</sub>-Gesetz.

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz fördert erneuerbare Energien mit einer spürbaren Veränderung der relativen Preise.

tung – 24. September 2000

Energieforum Schweiz, Abstimmungs-Zei-

### **Jean-Blaise Defago, Generalsekretär SVP Schweiz**

*„Unser Land spielt in der Energie- und Umweltpolitik oft eine Vorreiterrolle, gerade bei der Reduktion des klimaschädlichen CO<sub>2</sub>. Als kleines Land trägt die Schweiz nur wenig zur globalen Luftverschmutzung bei, und seit Anfang der 90er Jahre ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoss sogar konstant“.*

*„Wir hingegen haben seit dem 1. Mai 2000 das CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches gezielt zum Schutz unseres Klimas beitragen wird. Denn das CO<sub>2</sub>-Gesetz trifft diejenigen, welche unsere Umwelt und unser Klima belasten. Die Schweiz sollte auf diesem erfolgreichen Kurs fortfahren“.*

SVP-Pressedienst vom 11.9.2000

### **Nationalrat Christian Speck, Oberkulm**

*„Trotzdem der Anteil der Schweiz am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoss minim ist, haben wir als erstes Land ein CO<sub>2</sub>-Gesetz beschlossen. Darin werden mit einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 10% bis zum Jahre 2010 Ziele festgelegt, die wesentlich über den internationalen Vorgaben der Beschlüsse von Rio und Kyoto liegen. Entscheidend bei diesem Gesetz ist, dass die Ziele mit freiwilligen Massnahmen zur Vermeidung der Schadstoffemissionen erreicht werden sollen. Auf diese Weise können die drohenden Abgaben vermieden werden“.*

SVP-Pressedienst vom 21.8.2000

*„Das CO<sub>2</sub>-Gesetz verbessert viel effektiver als neue Energiesteuern den Zustand unserer Umwelt“.*

Tages-Anzeiger, 30. 8. 2000

### **Nationalrat Hajo Leutenegger, Zug**

*„Immerhin ist festzustellen, dass das CO<sub>2</sub>-Gesetz seit 1. Mai dieses Jahres in Kraft ist, es gibt hier nichts mehr gegeneinander auszuspielen“.*

*„Unsere Energieminister warnt im Interesse unserer Kinder und der Umwelt vor Sommersmog und Ozonbelastung – gerade hier greift ja die CO<sub>2</sub>-Abgabe ein, gerade dies ist ja ihr Zweck“.*

FDP-Pressedienst Nr. 37; 14.9.2000

### **Nationalrat Werner Messmer, Sulgen**

*„Tatsache ist, dass wenn das Ziel der Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses durch freiwillige Massnahmen nicht genügend erreicht werden kann, Bundesrat und Parlament kraft des CO<sub>2</sub>-Gesetzes im Jahre 2004 eine emissionsbezogene Lenkungsabgabe bestimmen können“.*

FDP-Pressedienst Nr. 36; 7.9.2000

### **Nationalrat Rolf Hegetschweiler, Zürich**

*„Die Schweiz steht im internationalen Vergleich in Sachen Umweltschutz seit jeher gut da. Mit dem 1999 vom Parlament beschlossenen CO<sub>2</sub>-Gesetz spielt sie erneut eine Vorreiterrolle. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz verbessert viel effektiver als neue Energiesteuern den Zustand unserer Umwelt. Es besteuert die tatsächliche Verschmutzung der Umwelt mit dem ozonschädigenden Gas, und nicht einfach den Verbrauch von Energie. Zudem ist es mit klar festgesetzten Reduktionszielen gekoppelt“.*

FDP Pressedienst Nr. 33; 17.8.2000

## **CO<sub>2</sub>-Gesetz: Ein Papiertiger ohne Zähne**

In dieser Situation könnten die Energieabgaben dem CO<sub>2</sub>-Gesetz nachträglich Zähne verleihen. Denn wenn das Schweizervolk der Förder- und Lenkungsabgabe zustimmt, so rechnet der Bundesrat, lasse sich damit automatisch auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 12 Prozent vermindern. Das heisst: Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist nicht die Alternative zu den Energieabgaben, sondern die Energieabgaben sind notwendig, um das CO<sub>2</sub>-Gesetz zu erfüllen.

Tages.Anzeiger, 30. August 2000

## **Frühere Bekenntnisse**

Im Gegensatz dazu verlangte die FDP vor den Wahlen 1991:

*„Die Anstrengungen zur Stabilisierung des Energieverbrauchs zur Verringerung des Anteils fossiler Energie... sind zu verstärken“.*

*„Der Energieverbrauch ist mittels Lenkungsabgaben in den Preismechanismus einzubeziehen.“*

FDP Schweiz, Positionspapier, 15.11.1991  
S. 41 ff.

Anlässlich der Revision des Umweltschutzgesetzes erklärte der SVP-Sprecher 1995 im Nationalrat:

*„Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist und bleibt eine unerlässliche Aufgabe, auch unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“.*

Namens der SVP wandte er sich gegen „unzählige Verbote und Gebote“ und empfahl:

*„Wir brauchen ... Anreizstrategien, und wir müssen verstärkt mit marktwirtschaftlichen Massnahmen Einfluss nehmen“* und schloss:

*„Beim Kapitel über Lenkungsabgaben, unterstützen wir die Kommissionsmehrheit.“*  
(für Lenkungsabgaben)

Vgl. SVP, Amtl. Bulletin, Nationalrat 1995,  
S. 1261; Revision USG

## **Bundespräsident Adolf Ogi**

*„So kann es nicht weitergehen. Die Verschwendung unserer natürlichen Ressourcen muss Einhalt geboten werden.*

*Vor allem beim Erdöl bezahlt der Konsument nur einen Bruchteil der entstehenden Kosten.*

*Den Rest trägt die Allgemeinheit in der Form von Schäden aller Art, Schäden der Umwelt, der Gesundheit, der landwirtschaftlichen Produktion.*

*Schlimmer noch: Wir leben auf Kosten unserer Nachkommen.“*

Erklärung von 1994 des damaligen Energieministers und Bundespräsident im Jahr 2000 anlässlich eine Symposiums an der Universität Bern